

Das Ende einer Ära - die Auflösung der Blockkonfrontation im asiatisch-pazifischen Raum

“Der Aufstieg und der Fall der Großmächte” - daß eine politisch-historische Studie mit solchem Thema zu einem der größten US-Bestseller des Jahres 1988 werden konnte, nicht nur in literarischen Zeitschriften besprochen, sondern in allen Massenmedien breit diskutiert und - nach einer Umfrage des Wirtschaftsmagazins “Fortune” - gerade auch unter Managern das meistgelesene Buch, all dies hätte noch ein Jahr zuvor kaum jemand für möglich gehalten. Paul Kennedy, der Autor, ein bis dahin nur in Spezialistenkreisen bekannter Historiker, untersucht in seinem voluminösen Werk die inneren Faktoren und internationalen Konstellationen, die seit dem Jahr 1500 jeweils zur Entfaltung und dann auch wieder zum Niedergang der dominierenden Mächte des internationalen Systems geführt haben. Mehr noch, aufgrund der Erkenntnisse seiner Analyse von rund 500 Jahren geschichtlicher Entwicklung wagt er dann eine Prognose über den Fortgang der gegenwärtigen Tendenzen bis zum Jahr 2000. Entscheidend für den Nie-

dergang einer Großmacht, so seine Schlüsselthese, ist eine wachsende Kluft zwischen den Ressourcen des Landes, die in die Steigerung der eigenen Produktivkräfte investiert werden können und jenen, die zur Aufrechterhaltung der Vorherrschaft im internationalen System in die militärische Stärke investiert werden müssen. Da die wirtschaftliche Stärke eines Landes immer relativ zur Stärke seiner wichtigsten Konkurrenten zu beschreiben sei, entstehe schnell eine “imperiale Überdehnung” der Vorherrschaft. Entweder die Hegemonialmacht bleibt militärisch überall präsent, fällt aber zunehmend wirtschaftlich auf das Niveau der anderen zurück oder sie hält ihren wirtschaftlichen Vorsprung, muß aber militärisch Einflußzonen preisgeben. Spätestens seit den siebziger Jahren, so Kennedys Diagnose, befinden sich die beiden eigentlichen Siegermächte des II. Weltkrieges, die USA und die UdSSR, im Zustand einer solchen “imperialen Überdehnung”. Ihr weiterer Niedergang als Zwillingenvormächte bis zum Jahr 2000 sei damit

vorgezeichnet, der Übergang zu einem multipolaren Großmachtssystem bereits im Gange.

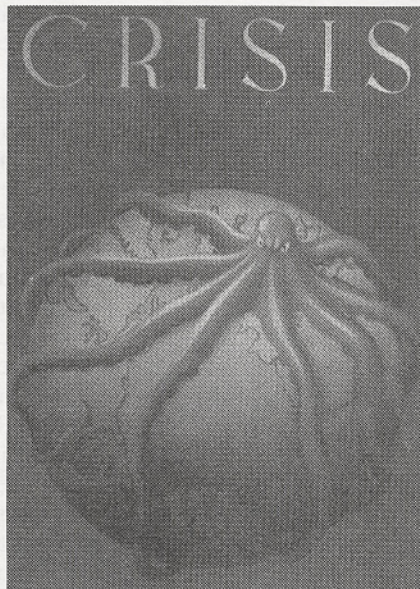
Der überwältigende Erfolg, den Kennedy mit seinem Buch hatte, erklärt sich wohl im Kern damit, daß er eine wissenschaftliche, aber auch griffige Erklärung für all jene Einzeltatsachen anbot, die am Ende von Reagans Präsidentschaft deutlich werden ließen, daß auch Hyperrüstungsprogramme die Erosion der internationalen Rolle der USA nicht mehr aufhalten konnten, im Gegenteil nur zu weiteren Verlusten des einstigen ökonomischen Vorsprungspotentials führten. Auch im Bewußtsein der konservativen US-Führungsschichten ist mit dieser öffentlichen Debatte die Ära der “pax americana” zu Ende gegangen. Solch Bewußtseinswandel stimuliert die Planer in den strategischen Instituten in aller Welt dazu, immer offener die entworfenen “Szenarien” des neuen Machtgefüges in ihren Regionen auch zum Ausgangspunkt außenpolitischer Aktionen zu machen.

Konturen des neuen Machtgefüges im asiatisch-pazifischen Raum

Im Umfeld der diesjährigen ASEAN-Außenministerkonferenz in Brunei und der damit verbundenen “Dialoge” mit den Pazifikanrainern und der EG wurde deutlich, daß die Debatten der verantwortlichen Politiker von ungefähr folgendem Zukunftsbild beherrscht werden:

- der Rückgang der US-Präsenz, bzw. ihrer Fähigkeit zur Machtprojektion, schafft Raum für die Entfaltung anderer Großmächte;

- die UdSSR, die VR China und Japan im sogenannten nordwestlichen und Indien im südwestlichen Asien stellen regional aufsteigende Großmächte dar, die mit ihren Interessenschnittpunkten besonders in Südostasien aufeinander stoßen;



- Südostasien wird so das potentielle Gravitationszentrum der Instabilität eines sich entfaltenden neuen multipolaren Machtssystems im asiatisch-pazifischen Raum;

- die südostasiatischen Länder - mit den potentiellen Regionalmächten Indonesien, Vietnam und im gewissen Sinne auch Australien - müssen eine eigene, eng abgestimmte Strategie entwerfen, wenn sie nicht Spielball und Spielfeld der sich entfaltenden neuen multipolaren Interessenkonflikte werden wollen;

- darum müssen sie Druck auf die USA ausüben, ihre Rolle in der Region entsprechend der sich abzeichnenden Konstellationen neu zu definieren.

Daß es sich bei diesem Zukunftsszenario nicht mehr um theoretische Planspiele am grünen Tisch handelt, dies hat die neue amerikanische Administration mit ihren eher hilflosen Reaktionen auf entsprechende regionalpolitische Initiativen vor, während und nach der ASEAN-Außenministerkonferenz Anfang Juli in Brunei ganz deutlich gemacht.

Australien hatte im Januar den ursprünglich japanischen Vorschlag für die Schaffung einer "Asiatisch-Pazifischen Kooperation" in institutionalisierter Konferenzform aufgenommen, aber ausdrücklich die Teilnahme der USA und Kanadas ausgeschlossen, ebenso wie die der EG als Beobachter. Dies sei, so war dazu zu hören, die einzig angemessene Antwort auf den Beschluß der USA und Kanadas, eine geschlossene nordamerikanische Wirtschaftszone zu bilden, bzw. auf den EG-Binnenmarkt 1992. Kooperation im pazifischen Becken ohne die USA - dies stellt in gewisser Weise die Ergebnisse des II. Weltkrieges in einer Form in Frage, die in den USA als provozierend und schockierend empfunden wird. Trotzdem dauerte es noch bis zum 26. Juni, bis der neue Außenminister Baker und der für Asien zuständige Staatssekretär Richard Solomon vor der "Asia Society" in New York in Grundsatzreden die Konturen der Asien- und Pazi-

fikpolitik der Regierung Bush formulierten.

Baker erklärte, daß "die Notwendigkeit eines neuen Mechanismus für eine multilaterale Kooperation zwischen den Nationen des Pazifischen Beckens eine Idee ist, deren Zeit gekommen ist"¹, blieb aber ansonsten völlig unkonkret. Solomon griff in seiner Rede unter anderem die These von der wachsenden Bedeutung Chinas, Indiens und Japans auf, die zu Instabilität führe und erklärte, daß diese Entwicklung im Gegenteil bedeute, daß "die traditionelle Rolle der USA als Garant regionaler Stabilität dadurch nicht weniger bedeutend, sondern noch bedeutender wird"². Baker und Solomon lehnten beide in ihren Reden ein Eingehen der USA auf die Abrüstungsvorschläge in Gorbatschows Reden von Wladiwostok und Krasnojarsk ab, die u.a. eine Reduzierung der Flottenpräsenz und eine Aufgabe von Cam Ranh in Vietnam und Subic Bay auf den Philippinen als Flottenstützpunkte anregten. Sie bekräftigten damit die Position der Reagan-Administration, die Caspar Weinberger in seiner "Antwortrede" in Anchorage formuliert hatte, daß vergleichbare Verhandlungen wie für Europa und den Nordatlantik für den Pazifik nicht in Frage kommen. Lediglich ein einziger wirklich neuer Akzent wurde von der Bush-Regie-

rung angekündigt, nämlich die Aufnahme von Waffenlieferungen an die Shihanouk- und Son Sann-Fraktionen des kambodschanischen Widerstandes. Da Thailand solche Waffenlieferungen jedoch energisch ablehnt, ist noch unklar auf welchen verdeckten Wegen diese Politik umgesetzt werden kann, ohne in einen direkten Konflikt mit diesem wichtigen ASEAN-Land zu münden. Alles in allem zeigte die neue

US-Administration damit im Vorfeld der ASEAN-Außenministerkonferenz eine weitgehende Konzept- und Bewegungslosigkeit gegenüber den dynamischen Veränderungen des internationalen Machtgefüges, wie sie sich ganz besonders auch im Fortgang der Pariser Kamdodscha-Konferenz manifestierten. (Vgl. hierzu auch den Bericht im Kambodscha-Teil dieser Ausgabe.)

Verglichen mit den weiteren Initiativen der UdSSR, sei es in Bezug auf Kambodscha, die Aussöhnung mit China, die Kooperation mit Südkorea, die Unterstützung der atomwaffenfreien Zone im Südpazifik und im Indischen Ozean, den Wunsch nach Mitarbeit in der Pacific Cooperation Conference und die aktive Diplomatie gegenüber ASEAN seit 1985, wirkt die starre Politik der Bush-Administration schlicht perspektivlos

Singapurs Coup

Nachdem US-Außenminister Baker in den "Dialogtreffen" zwischen ASEAN und den Pazifikanrainern vom 6.-8. Juli weder auf ökonomischem, noch auf sicherheitspolitischem Gebiet den auf neue Initiativen drängenden südostasiatischen Ländern etwas anzubieten hatte, kündigte Singapur einen Tag darauf unvermittelt an, es sei bereit, Teile der amerikanischen Streitkräfte aufzunehmen, ein Expertenteam des US-Generalstabs hätte bereits im Juni eine entsprechende Überprüfung möglicher Marine- und Luftwaffeneinrichtungen vorgenommen.

Damit wurde eine lawinenartige Diskussion über die Sicherheitspolitik in der Region mit der Frage der US-Präsenz und insbesondere der philippinischen US-Stützpunkte losgetreten, die lupenartig die divergierenden Interessenlagen innerhalb der ASEAN deutlich werden ließ. Während Malaysia und Indonesien tatsächlich eine Verringerung der "Präsenz ausländischer Mächte" in der Region anstreben und deshalb jetzt erneut an das ASEAN-Ziel einer "Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität" (ZOPFAN) erinnerten, plädieren Thailand und Singapur seit längerem dafür, die amerikanische Präsenz zu erhalten oder sogar noch auszubauen. Aller-



April 1989: Lee Kuan Yew auf der USS-Ranger in Singapur

Foto: Asiaweek

dings erklärte Thailand wenige Tage später ganz offiziell, es "sei nicht daran interessiert, wieder amerikanische Stützpunkte zu bekommen", und Malaysias Premier Mahathir wiederum machte deutlich, daß seine Kritik sich nur gegen eine permanente Präsenz der Amerikaner in Singapur richte, nicht aber gegen eine vorübergehende Nutzung militärischer und ziviler Anlagen durch US-Einheiten. Diese sei sogar in Malaysia selbst möglich. Die Philippinen, die vor der Entscheidung stehen, den Vertrag über die US-Basen im Land

1990 zu erneuern, sind innenpolitisch bis tief in das Regierungslager hinein in dieser Frage gespalten. Allerdings deutete bislang alles darauf hin, daß die Aquino-Administration für eine erhöhte Militär- und Wirtschaftshilfe schließlich doch eine Verlängerung des Abkommens durchsetzen wird. Nachdem dann auch noch - als Reaktion auf Singapurs Initiative - der philippinische Botschafter in Washington erklärte, die USA würden erwägen, Clark Air Base zu schließen, sah sich die US-Regierung zu einem Dementi gezwungen.

Diese Vorgänge zeigen deutlich, daß die USA zwar nach wie vor eine hegemoniale Rolle in der Region spielen und insofern eine Schlüsselfunktion auch für die weitere Entwicklung ASEAN's haben, daß sie aber andererseits längst nicht mehr die wirtschafts- und sicherheitspolitische Debatte kontrollieren oder gar bestimmen. Vielmehr müssen sie seit mehr als zwei Jahren ständig in wesentlichen Fragen auf Initiativen der UdSSR, Neuseelands, Australiens und der ASEAN-Länder reagieren.

Die Politik der "neuen" Großmächte

Die bedeutendste Macht, die sich immer offener anschickt, im asiatisch-pazifischen Raum auch (wieder) eine politische, ja teilweise auch eine militärische Führungsrolle zu übernehmen, ist zweifelsohne **Japan**. Es ist der wirtschaftliche Gigant, der in den meisten Ländern Asiens die USA hinsichtlich des ökonomischen Einflusses schon lange überrundet hat. Allein die Rangliste der wichtigsten Zielländer japanischer Auslandsinvestitionen in der Region ist hier aussagekräftig: an erster Stelle steht Indonesien mit einer Investitionssumme von rund 9,8 Mrd. US-Dollar, gefolgt von Hongkong mit 6,2 Mrd. sowie von Singapur (3,8) und Südkorea (3,2). Allerdings fließt der größte Teil dieser enormen Geldsummen ins Banken- und Finanzgeschäft, der Anteil der direkten Investitionen in Fabriken und Produktionen ist weitaus geringer. Auf wirtschaftlicher Ebene ergibt sich so das Bild einer japanischen Expansionsstrategie, die darauf abzielt, eine Art Yen-Block von Korea bis nach Südostasien in der Region als Antwort auf die europäischen und die nordamerikanischen Wirtschaftsblöcke zu schaffen. Über den Ausbau der regionalen Führung in den Bereichen der Finanz- und Währungspolitik könnte dann ein prägender Einfluß auf eine noch größer angelegte wirtschaftspolitische Kooperation im pazifischen Becken gewonnen werden. Flankiert wird diese ökonomische Strategie durch die gezielte Steigerung der Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe, deren Hauptteil ebenfalls nach Südostasien fließt.

Doch auch auf dem klassischen Feld der Großmachtspolitik, im militärischen Bereich, bahnen sich in der japanischen Politik und Strategie einschneidende Veränderungen an. Schon in den vergangenen Jahren sind zwei Eckpunkte der bisherigen militärischen "Selbstbeschränkung", die als Ergebnis des II. Weltkrieges für drei Dekaden unantastbar waren, gefallen. Der Aktionsradius der Marine wurde auf 1000 nautische Meilen ausgeht, was einen Operationsradius bis in südostasiatische Gewässer bedeutet, und die Beschränkung der Verteidigungsausgaben auf 1 % des Bruttosozialproduktes, die Verfassungs-

rang hat, wurde nicht mehr nur durch Umbuchungen von Rüstungsausgaben unter andere Titel des Haushaltes, sondern auch ganz offiziell überschritten. Damit sind die prinzipiellen Schranken für den weiteren Ausbau der verschiedenen Waffengattungen gefallen. 1990 läuft das seit 1976 gültige nationale Rahmenprogramm für Verteidigung aus. Ein neues mittelfristiges Programm steht also zur Beschlußfassung an. Schon jetzt verfügt das Land mit 36 Zerstörern und 25 Fregatten sowie 14 taktischen U-Booten über die vermutlich drittstärkste Marine im Pazifik. Die bisherigen



Planstudien für das neue Rahmenprogramm sehen u.a. den Bau eines 20.000 BRT großen Hubschrauberträgers und von vier Raketenkreuzern innerhalb der nächsten 10 Jahre vor. Auch die Luftwaffe soll ausgebaut werden. Als Kernstück ist hier die gemeinsame Produktion eines neuen Jagdbombers, des FSX, mit den USA vorgesehen. Auch wenn die US-Regierung, wie verschiedentlich angedroht, diese Kooperation aufkündigen sollte, zweifeln Experten nicht an der Fähigkeit der japanischen Industrie, dieses Projekt auch alleine zum Abschluß zu bringen.

Auch falls die Sozialistische Partei Japans mit den nächsten Unterhauswahlen zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte an die Macht kommen sollte, ist es nicht wahrscheinlich, daß die Grundlinien dieser Politik verlassen werden. Die von ihr bislang vertretene dezidiert antinukleare Politik muß keinesfalls im Widerspruch zu einer gezielten konventionellen Aufrüstung stehen. Das Beispiel Neuseelands zeigt vielmehr, daß sie sogar recht elegant damit begründet werden kann. Dies gilt erst recht für den Fall einer Neutralitätspolitik, aber schon jetzt gibt es Tendenzen in der SP, die sich vehement gegen eine Kündigung des Verteidigungsabkommens mit den USA aussprechen.

Damit scheinen die nächsten Schritte zum Ausbau der japanischen Militärmacht innerhalb der nächsten Dekade vorgezeichnet: auch hier steht, ähnlich wie im ökonomischen Bereich, die Erlangung einer regionalen Führungsstellung im westpazifischen Raum offensichtlich im Vordergrund.

Die Rolle der **Volksrepublik China** scheint demgegenüber auch auf mittlere Sicht noch auf die der zentralen Landmacht der Region beschränkt. Zwar hat China im Zuge der Reform- und Modernisierungspolitik auch seine Militärdoktrin entsprechend verändert und in den letzten Jahren vor allem seine Marine deutlich ausgebaut. Es hat sich mit 114 U-Booten, darunter ein mit Interkontinentalraketen bestücktes sogenanntes strategisches Schiff, ein weitausgreifendes Hochseepotential geschaffen, aber im gesamten Überwasserbereich bleibt sein militärisches Potential eher zur Küstenverteidigung als zur offensiven Machtprojektion geeignet. Auch die 19 Zerstörer und 34 Fregatten des Landes sind technisch nicht auf der Höhe der Zeit, so daß die relativ große Zahl in diesem Bereich nicht überbewertet werden darf. Natürlich verfügt das Land über eine begrenzte Zahl von nuklearen Interkontinentalraketen, was allein ihm einen gewissen Großmachtstatus sichert. Wirtschaftlich jedoch ist die Volksrepublik noch weit davon entfernt, eine Großmacht darzustellen, vielmehr sind die Anstrengungen auf

diesem Feld eher nach innen gerichtet. Der dauerhafte Erfolg der wirtschaftlichen Experimente ist noch ungewiß, und die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung in diesem Frühjahr zeigt die relative politische Schwäche des Systems. So bleibt für die chinesische Außenpolitik, was den pazifischen Raum betrifft, folgende Konstellation prägend: eine unmittelbare Konkurrenz zur UdSSR, zu Japan und in der Tendenz auch wieder zu den USA aus der Position einer aufstrebenden, aber insbesondere wirtschaftlich noch mit Abstand schwächeren Macht sowie ein vorrangiges regionalpolitisches "Interesse" am südostasiatischen Raum. Neben dem Kambodscha-Konflikt wäre hier insbesondere auch der Konflikt zwischen der VR China und Vietnam, sowie mit Malaysia und den Philippinen um die "Spratly"-Inselgruppe im südchinesischen Meer zu nennen. Aber auch ganz allgemein werden die Beziehungen zu den ASEAN-Staaten in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Indien stellt, was Südostasien betrifft, einen neuen, bisher kaum zu bemerkenden Faktor dar. Erst in den achtziger Jahren, speziell unter der Regierung von Rajiv Gandhi, hat Indien begonnen, als regionale Großmacht des Indischen Ozeans zu agieren. Verschiedentlich ist das außenpolitische Credo von R. Gandhi schon als "südasiatische Monroe-Doktrin" bezeichnet worden. Indien erhebt danach den Anspruch, als "Ordnungsmacht" in diesem Raum aufzutreten, die alle anderen Großmächte von jeder "Einmischung" in regionale Angelegenheiten abhält. Die Entsendung von Truppen nach Sri Lanka und die Intervention nach einem Putschversuch auf den Malediven zeigen deutlich die praktische Bedeutung dieser "Doktrin". Indien beansprucht danach eine Art Einflußsphäre, die vom Persischen Golf bis nach Südostasien reicht. Mit dem zunehmenden Ausbau seiner Marine (u.a. Flugzeugträger, ein Atom-U-Boot und 29 Großkampfschiffe) hat das Land sich in den letzten Jahren ein machtpolitisches Instrument geschaffen, um tatsächlich in diesem Raum als Militärmacht präsent zu sein. Sein Verteidigungshaushalt hat sich seit 1981 verdreifacht, von knapp 3 Mrd. auf rund 9 Mrd. US-Dollar 1988. Der indische militärisch-industrielle Komplex gilt als der größte in der Dritten Welt, das Land hat 1987 für über 5 Mrd. US-Dollar Waffen exportiert. Indien verfügt über Atomwaffen und hat erfolgreich Interkontinentalraketen getestet. Wie ernst in der Region das machtpolitische Interesse Indiens an Südostasien genommen wird, zeigt die Tatsache, daß in den jüngsten australisch-indonesischen Gesprächen eine mögliche Kooperation beider Länder als Gegengewicht zur indischen Politik ein bedeutendes Thema war. Wichtig ist hierbei auch, daß auf wirtschaftlichem Feld der Versuch

einer aktiven südasiatischen Integrationspolitik kaum etwas bewirkt hat. Die "South Asian Regional Cooperation" (SARC), nach dem Vorbild der ASEAN von Indien, Sri Lanka, Bangladesch, Pakistan, Nepal, Bhutan und den Malediven ins Leben gerufen, kann keine praktischen Erfolge vorweisen. Um so interessanter sind für Indien deshalb die Beziehungen zur prosperierenden ASEAN geworden.

Einen vergleichsweise geringen, nichtsdestoweniger aber vorhandenen machtpolitischen Faktor stellt auch die **Europäische Gemeinschaft** in dieser Region dar. In erster Linie tritt die EG hier natürlich als Wirtschaftsmacht auf, die sowohl in den internationalen Finanzinstitutionen, als auch in Bezug auf den Welthandel, etwa im Rahmen der GATT-Runden, führend an Entscheidungen beteiligt ist, die für meisten Länder der Region große Bedeutung haben. In diesen Bereichen tritt vor allem die BRD als Führungsmacht des europäischen Blocks auf. Die Kooperation mit ASEAN als Staatengemeinschaft hat dazu geführt, daß die EG auch als politische Größe in der regionalen Diplomatie wahrgenommen wird. Trotzdem war ihr politischer Stellenwert bisher nicht allzu hoch anzusetzen.

Eine deutliche Akzentsetzung betreibt jedoch Frankreich. Es ist nach wie vor als Kolonialmacht sowohl im Indischen Ozean (die Réunion-Inseln) und im Pazifik (Neukaledonien, Wallis und Futuna, "Französisch-Polynesien") präsent. Es läßt im

Indischen Ozean in der Regel nach den USA und Indien die drittgrößte Flotte operieren und hat sich als Nuklearmacht mit seinen Kernwaffenversuchen auf dem Mururoa-Atoll in das Bewußtsein der pazifischen Region gebombt. Anfang August hat Premierminister Rocard in Noumea vor der Süd-Pazifik-Kommission (an der außer Frankreich noch die USA, Großbritannien und Australien beteiligt sind) erklärt, daß die französischen "Überseegebiete" sich an der regionalen Kooperation im Pazifik beteiligen wollen und deshalb auch Einladungen zur Beteiligung an den regionalen Institutionen begrüßen würden. Rocard bezeichnete seine Rede als Auftakt einer aktiven Pazifikpolitik, die Frankreich als "Teil" der Region betreiben werde.

Auch in die Kambodscha-Politik hat sich die ehemalige Kolonialmacht wieder sehr aktiv eingeschaltet. Die Sihanouk-Fraktion wird militärisch durch Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramme und auch finanziell unterstützt. Ein erster Erfolg dieser Diplomatie war es, daß Paris erneut zum Ort einer Art "Indochina-Konferenz" geworden ist. Mit Sicherheit wird Frankreich unter einer Regierung Sihanouks in Kambodscha wieder eine wichtige Rolle spielen.

Sollte sich also nach 1992 auch eine verstärkte Synchronisation der EG-Außenpolitik ergeben, so ist der Boden bereitet, daß der europäische Block auch als Machtfaktor im asiatisch-pazifischen Raum präsent ist.

Ein multipolares Machtssystem wird Realität

Mit den USA, der UdSSR, Japan, der VR China, Indien und der EG stoßen also schon sechs Machtgruppen mit sich überschneidenden Interessen an der geopolitischen Drehscheibe des südostasiatischen Raumes aufeinander. Aber auch die mittleren und kleineren Mächte der Region beginnen unter dieser Konstellation eigenständige Strategien zu entwickeln und neue Koalitionen in dieser oder jener Frage zu bilden. Die große Unbekannte im sich neu herausbildenden Machtgefüge bleibt wohl vorerst Vietnam mit seinem großen militärischen Potential. Wenn es dem Land gelingt, seine Wirtschaft erfolgreich zu modernisieren, wird es nach der Lösung des Kambodscha-Konfliktes zweifelsohne als regionale Großmacht mit enormer Ausstrahlung auf ganz Südostasien wirken können. Ebenso stellt Australien, das sich verstärkt Südostasien zuwendet und eine gezielte Politik des Ausgleichs mit Indonesien anstrebt, eine solche potentielle Regionalmacht dar. Natürlich bleibt auch die Frage der weiteren Entwicklung der ASEAN offen. Schon macht das Schlag-

wort von den "kleinen Tigern" die Runde, womit die relative wirtschaftliche Prosperität in Thailand und Malaysia bereits wieder zu einem erfolgreichen Entwicklungsweg hochgerechnet wird, unter den dann gleich auch noch Indonesien und die Philippinen subsumiert werden. Die Zeiten großer internationaler Umbrüche sind eben auch Zeiten der blühenden Spekulation. Sicher erscheint bislang jedoch, daß die Konturen eines neuen multipolaren Macht-systems jenseits der Blockgrenzen aus der Zeit des Kalten Krieges bereits erkennbar sind. Die USA bleiben zwar noch eine Hegemonialmacht von besonderem Rang, der Pazifik ist aber kein "amerikanischer See" mehr, und gerade in Südostasien wird das Ende dieser Ära in der nächsten Dekade besonders deutlich werden.

Frithjof Schmidt

1. FEER v. 6.7.1989, S. 23
2. ebenda